

Vor der kommunalen Wahl erscheint Politik gern als sozial

Sozial-Ticket: Wenn wir nur wollten, könnten wir das auch sofort! Zu den Kommunalwahlen am 10. September in Niedersachsen stimmen jetzt einige der Regions-Politiker der Rot/Grün-Koalition soziale Töne an. "Rot" und "Grün" kamen getrennt zu Gesprächen mit dem "Sozial Bündnis Hannover" in das KDA in der Rühmkorfstr. Alle beteuerten, doch auch für einen Sozialtarif zu sein, möchten jedoch sich erst wieder nach der Wahl mit diesem Thema befassen. **"Ein sozialrabattiertes Üstra-Ticket für Geringverdiener lehnen wir nicht grundsätzlich ab."** Allerdings schieden sich die Geister, für wen das Ticket bezahlbar sein müsse. Die Forderung des "Sozial Bündnis Hannover", bezahlbar sei nur, was auch der ALG-II-Regelsatz hergäbe, wollten beide Gruppierungen nicht unterschreiben. Bezahlbar ist aus Politiker-Sicht immer das, was für sie Priorität hat, was sie selbst im Haushalt genehmigen wollen. Es müssten politische Mehrheiten gefunden werden. **Die Mehrheit in der Region wurde bisher durch Rot-Grün gebildet. Warum erst jetzt die Bereitschaft, Mobilität für Geringverdiener herzustellen?**

Wir fordern

Regional in Bussen & Bahnen

Sozial-Tarif
anstatt 1-€Jobs

MUSTER

Sozial-Pass der Region Hannover

GVH - Die besten Verkehrsmittel

@lptrraum
www.gegen-sozialabbau.de

Wie das nach der Wahl und im Detail durchzuführen wäre, es wurde sowohl mit den Vertretern der SPD als auch der Grünen Vertraulichkeit zu den Inhalten der Gespräche vereinbart. Beiden Parteien ist es wichtig, die Durchführung unserer Forderung nach Sozial-Rabattierung erst nach überstandener Kommunal-

wahl weiter zu verfolgen. Die von der ÜSTRA/GVH im Prüfbericht I568/05 veranschlagten Kosten zu einem Sozial-Tarif in Höhe von über 4 Millionen Euro hatte das Sozial Bündnis widerlegt. Die Erhebung dieser vorgelegten Zahlen, darüber besteht Einigkeit, sind, weil **"nicht seriös belegt"** zu verwerfen. **Neue Erkenntnisse zu den Sozial-Pass-Kosten müssten wissenschaftlich begleitet, seriös erhoben werden, so die wiederholte Forderung des Sozial Bündnis Hannover.** Dass MandatsträgerInnen und KandidatInnen der kleineren (Links)Parteien / parteilos usw. deutlichere Zugeständnisse machen, auch die Forderung des Sozial Bündnis Hannover unterschreiben, ist sehr erfreulich. Dennoch, **der Wille, eine auch für Geringverdiener bezahlbare Mobilität im ÖPNV herzustellen, muss weiter in die Öffentlichkeit getragen werden.** Zur Forderung nach einem **"Sozial-Pass der Region Hannover"** fand am 22.07.06 eine erste Aktion **"Solidarische Fahrbegleitung"** statt. Fahrkostenübernahme durch BegleiterInnen, erkennbar an den mit Forderungen bedruckten T-Shirts **Es geht weiter!** z.B. auf Seite 2

Danke !

an die BA in Nürnberg, gerade auch für das Logo-Verbot. Nach fast 600 Tagen Hartz IV müssen wir bekennen, dass wir auf keinen Fall mit diesen ARGEN Arbeitsplatz-Vernichtungs-Einrichtungen, mit "1-€JobCentern" verwechselt werden möchten.

Spaßbremse ?

bei GVH/Regiobus. Pressesprecher Tolga Otkun erwägt juristische Schritte wegen ungenehmigter Verwendung einer Foto-Vorlage bei der Aktion "Solidarische Fahrbegleitung" 22.07.06. "Wettbewerbsfähigkeit" des ÖPNV, erste Wirkungen ? >>

Danke !

an die Üstra. Pressesprecher Udo Iwannek vermittelte 30 GVH-Tages-Ticket als Spende zu einer Glücksrad-Verlosungs-Aktion, durchgeführt vor JobCentern der Region. Auch der DGB half mit Ticket-Spenden und Sonnenschirm. Weiter Seiten 2+5

Direkt oder indirekt betroffen ? - Erwerbslos ? - ALG-II- oder Sozialgeldempfänger ? Zu Risiken und Nebenwirkungen empfehlen wir den solidarischen Zusammenschluss, Aufnahme des Kampfes in Gruppen, in denen sich Gleichgesinnte bereits zusammengeschlossen haben. **Kontakte siehe letzte Seite**

@lptrraum - eine kostenlose Zeitung der Projektgruppe gegen die Agenda 2010

Treffen jeweils nach Absprachen

MitstreiterInnen sind herzlich willkommen !

www.alptrraum.org - info@gegen-sozialabbau.de

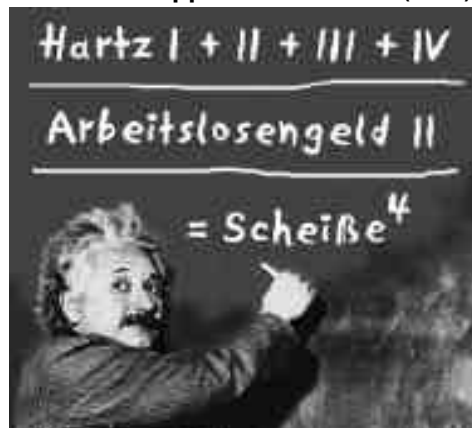


Solidarische Fahrbegleitung / Aktionen zur Sozial-Pass-Forderung ?

Solidarische Fahrbegleitung: die Presse erschien zum fotogenen Foto-Termin, die Kontrolleure der Üstra, protec-Mitarbeiter, beäugten diese Aktion, versuchten zu stören, versuchten einzuschüchtern und die Fahrgäste als Schwarzfahrer zu kriminalisieren. Nach Abforderung der Dienstnummer und dem Hinweis, selbst die Polizei zu rufen, ergriff dieses 3er-Team die Flucht, ließ "gnädig?" passieren. Die Aktion war abgesichert. Nur außerhalb der Bahnen bildeten sich die Gruppen, die dann zwischen Leinaustraße und Steintor zu fünf ein Gruppen-Tages-Ticket nutzten. Die Forderung nach einem Sozial-Pass mit GVH-Fahrberechtigung soll auch der Kriminalisierung "Erschleichung einer Fahrleistung" vorbeugen. Es ist ein Skandal, dass, wer fahren will, letztendlich doch noch im Knast festgesetzt werden kann. Der Entwerfer am Steintor funktionierte, wie selbstverständlich, nicht. **Unwissenheit zu den Beförderungsbedingungen führt auch automatisch zu einem erhöhten Fahr-Entgelt von 40€, ersatzweise ins**

Gefängnis ? Im Kurzstreckenbereich zwischen Werderstraße (Einstieg) und Steintor (Ausstieg) ist einem ALG-II-Empfänger ein 40€-Straf-Ticket verpasst worden, da er den Unterschied, 1,10€ zum Ermäßigungs-Ticket und 1,20€ zum Kurzstreckenticket nicht kannte, die Kontrolleure ihn aber schon vor dem Ausschöpfen einer Kurzstreckenfahrt, nur 2 Bahnstationen, zur Kasse baten. Strafgebühr-Erhebung ist für die Verkehrsbetriebe Üstra AG scheinbar eine willkommene Einnahme, ebenso wie das Kassieren der Arbeitsleistung plus der Zuschüsse der JobCenter für 1-€-Jobber. Kriminalisierung, nach 3 Zugriffen, durch Strafanzeigen, wohl möglich Gefängnis-Strafen, das ist wiederum ein Thema, um dass sich Sozialpolitiker verantwortungsvoll kümmern, besser abschaffen sollten. Ein Sozial-Pass wäre ein Anfang, der Allgemeinheit auch Justiz-Kosten zu ersparen. Um noch einmal auf "*Unwissenheit schützt nicht vor Strafen*" zu kommen. Bei einem Versuch, korrekte Auskünfte zu den noch zulässigen Reisezielen in der Tarifzone 1 zu erhalten, ist so viel

Falschauskunft gegeben worden, dass die Frage aufkam, ob in Erwartung erhöhter Einnahmen durch Straftickets auch eine Absicht zu unterstellen ist ? 50% Ausfälle der GVH-Automaten, ist das eine bewußte GVH-Einladung zu einer "**Schnäppchen-Fahrt**" ? (HaDe)



Einstein relativ im August

"Wenn die meisten sich schon armseliger Kleider und Möbel schämen, wieviel mehr sollten wir uns da erst armseliger Ideen und Weltanschauungen schämen."

(Albert Einstein 1879-1955)

Der Widerspruch-Abhilfebescheid enthielt eine Entschuldigung !

Positives aus dem JobCenter ? Klaro, solche Meldungen machen wir auch, hatten wir versprochen. Allerdings ist vorerst nur der Satz: "*Die fehlerhafte*

Bearbeitung bitte ich zu entschuldigen" zu loben. Dass diesem Widerspruch vom 28.11.2005 erst mit Datum vom 19.07.2006 im vollen Umfang auf dem

Verwaltungswege entsprochen wurde, **@lptraum** ist nicht ganz unschuldig an diesem erzielten Erfolg, auch der eingeschaltete RA war erstaunt erfreut (HaDe)

Dein gutes Recht: Fast jeder zweite Eilantrag ist auch erfolgreich !

Fast jeder zweite Eilantrag in Hartz-IV-Verfahren hat in Berlin Erfolg. "Diese hohe Quote liegt hauptsächlich daran, dass die Jobcenter zu lange brauchen, um überhaupt eine Entscheidung zu

treffen", sagte der Sprecher des Berliner Sozialgerichts, Michael Kanert, dem "Tagesspiegel". Ein Drittel aller Hartz-IV-Fälle, mit denen sich das Gericht beschäftigen muss, sind Eil-Verfahren.

Ein Eil-Bedürfnis liegt vor, wenn der Betroffene sonst kein Geld für den Lebensunterhalt hat. Das Berliner Sozialgericht ist das größte Sozialgericht Deutschlands. (DoMi)

Vorlage von Kontoauszügen ? - Schwarze Zahlen schwärzen !

Schwärzen, anstatt schwarz ärgern ! Wer ALG II, die Grundsicherung für Arbeitsuchende (= Arbeitslosengeld II) beantragt, muss der Aufforderung der Behörde nicht nachkommen, sämtliche Kontoauszüge der letzten zwei Monate

vor Antragstellung ohne Schwärzungen vorzulegen, um seine Hilfebedürftigkeit festzustellen. Sollbuchungen, das sind Geld-Zugänge, müssen nur dann ungeschwärzt bleiben, wenn sie mehr als 50 Euro betragen. Kann die Behörde

ihre Zweifel an der Bedürftigkeit des Arbeitslosen nicht belegen, so müssen Betroffene im Rahmen ihres Selbstbestimmungsrechts nicht alle Zahlen offen legen. Sozialgericht Meiningen, AZ.: S 17AS 747/06 (DoMi)

Impressum: "ALP-Traum" ist ein kostenloses Arbeitslosen-Zeitungsprojekt der Projektgruppe "Agenda 2010 kippen" Hannover
Beiträge: Erwin Stefaniuk (ErSt), Tel. 45 66 13, Heinz-Dieter Grube (HaDe), Tel. 34 21 21, **@lptraum-Redaktion (Alp)**

Fotos / Beiträge / Gastbeiträge: Dolf Mielenhausen (DoMi), Tel. 16 22 360, Rosa Haskamp

Druck im Selbstverlag, verantwortlicher Redakteur: Heinz-Dieter Grube, Schützenstr. 12, 30161 Hannover

www.alptraum.org, Tel. 0511 / 34 21 21, Fax 0511 / 34 23 23, Email: info@gegen-sozialabbau.de

@lptraum erscheint monatlich, Auflage: 400 - 2500, ist frei von gewerblichen Anzeigen und Werbung

Spendenkonto: H.- D. Grube, Kto. Nr. 249 437 818 4 BLZ 201 100 22 Postbank Hamburg

Hinweis: Bei diesem Konto handelt es sich um ein der Redaktion Alptraum zur Verfügung gestelltes Sparbuch.

Wir erhalten bei Zahlungseingang keine Information, wer überwiesen hat. Spendenquittungen sind nicht möglich.

Bei Spendeneinzahlung, z.B. für Porto, Zusendung von Papiaerausgaben Alptraum, bitte per Email Hinweis geben. Danke.

Ab 10. Dezember 2006: Zum achten Mal ÖPNV-Preiserhöhungen bei Bus & Bahn !

1-€Jobs: Malerinnung und Kreis-Handwerkskammer untätig ?



ZVK: Malerarbeiten ohne Fachbetrieb ?

Ein-Euro-Job-Malerarbeiten schaden dem Handwerk ! Darüber herrschte bereits im Dezember 2005 Einigkeit im Gespräch mit der Maler-Innung, auch in Korrespondenz mit der Kreishandwerkerschaft Hannover. Die Kreishandwerkerschaft ist die Kontrollbehörde gegenüber den JobCentern der Region zu der Vergabe von 1-€-Trägerschaften, könnte und müsste die angezeigten, nicht wettbewerbsneutralen Maler-Einsätze der städtischen Einrichtung "Hölderlinstraße" verhindern. @lptraum berichtete im Juli konkret über Maler- und Grünflächen-Einsätze von 1-€-JobberInnen für die ZVK, sprach zum

wiederholten Male mit einem Vertreter der Malerinnung, bot Fotos und weitere Beweismittel an. **Kein Interesse ?** Wie "heruntergekommen" sind diese **Berufsstand Vertretungen ?** **Wo bleibt denn der Zoll, der jegliche Schwarzarbeit zu unterbinden hat ?** **Welche Rolle spielt ein Ordnungs-Amt, dass u.U. gegen den eigenen Dienstherrn ermitteln müsste ?** Herr Stephan Weil, Stadtkämmerer, Dienstherr der städtischen Ordnungsbehörde und Oberbürgermeisterkandidat der SPD, es geht hier nicht um eine Kampagne gegen Sie. Allerdings äußerten Sie in vielen Gesprächen, dass Sie das mit 1-€-Jobbern leicht zu erwirtschaftende Geld unbedingt in Ihr Stadtsäckel haben wollen, dass Sie die Einrichtung "Hölderlinstraße" gut heißen. Ein Konflikt, falls es für Politiker so etwas überhaupt gibt, liegt in der Ämterhäufung, im gleichzeitigen Handeln als Exekutive, dazu auch noch als eigene Kontroll-Instanz ? Das Thema betraf/betrifft auch Ihren Parteikollegen Dr. Michael Arndt, Regionspräsident, Üstra-Dienstherr usw., auch nachzulesen in @lptraum Juli 2006. Die vom

ver.di-Erwerbslosenausschuss sie einladenden Menschen warten immer noch auf eine Einsichtnahme in Ihre Zahlen zur Wirtschaftlichkeit der "Hö", zu Umsätzen mit ZVK und ähnlichen Nutznießern der "Leihgabe" von 1-€-Jobbern aus der Hölderlinstraße. Ein ähnlicher Auftrag erging auch an den ver.di-Kollegen Jürgen Hohmann für seinen Tätigkeitsbereich im Gesamtpersonalrat der Stadt Hannover. Für Interessierte: Herr Hohmann ist zum August-ver.di-ELO-Treff eingeladen, siehe Termine letzte Seite / www.alptraum.org **Demokratie zeichnet sich durch Kontrollierbarkeit der Mandatsträger und deren Handeln aus.** "Marx heute": Vertrauen ist gut, Kontrolle ist besser. Eine Ausweitung von Kontrollen, ausschließlich in Richtung Kontrolle der so genannten kleinen Leute, führt zu einem Überwachungsstaat, führt abermals zum Faschismus. Aktuell und machbar: **Kontrolliert bzw. befragt Eure persönlichen Kandidaten zur Kommunalwahl, fordert Handeln gegen zu beseitigende Missstände, lasst Euch nicht mit Lippenbekenntnissen abspeisen.** Missstände anzeigen! (HaDe)

Sonntäglich "komische Opern" bei Sabine Christiansen ?

Es klingt grotesk: Arbeitslose können unter günstigsten Umständen auf einen Stundenlohn von rund 12 Euro brutto kommen und damit deutlich mehr „verdienen“ als manche Friseurin oder Leute am Bau. Viele Menschen stellten sich inzwischen auf „Sozialhilfe als Beruf“ ein, wurde diese Woche von Experten auf dem Kirchentag kritisiert. Die Hartz-Reformen, die die Arbeitslosigkeit bekämpfen und den Sozialstaat abbauen sollten, verfehlen bisher ihr Ziel: Die Zahl der Arbeitslosen sinkt kaum, die Kosten aber explodieren. In der Großen Koalition



gibt es Streit darüber, ob das Hartz-Gesamtkonzept noch einmal überdacht und vor allem die staatlichen Zuwendungen weiter gekürzt werden müssten. Wird Hartz, die Jahrhundert-Reform, zum Jahrhundert-Flop? Werden die 40% der Deutschen, die noch arbeiten und Steuern zahlen, „abgezockt“? Geht es den Arbeitslosen immer noch zu gut? Welche Art von Sozialstaat wollen wir? Über diese und andere Fragen diskutiert SABINE CHRISTIANSEN mit ihren Gästen. Groteske Meinungsma- che bereits imSendungsvorspann? (Alp)

Wer hilft in Hannover den Hartz-IV-Betroffenen ?

- | | |
|------------------------------|--------------------------------|
| ASG, Walter-Ballhause-Str. 4 | Termin vereinbaren, 44 24 21 |
| ALZ, Lange Laube 22 | Termin vereinbaren, 167 686-0 |
| IG Metall, Postkamp 12 | Termin vereinbaren, 124 02-45 |
| ver.di, Goseriede 10 | Termin vereinbaren, 12 400-0 |
| SoVD, Herschelstr. 31 | Termin vereinbaren, 70 14 8-21 |

Zu Risiken und Nebenwirkungen: Erwerbsloseninitiativen befragen !
Die "freien" Beratungsstellen sind finanziell und politisch unter Druck gesetzt, sind teilweise sogar selbst die Träger von 1-Euro-Job-Zwangseinrichtungen !



Gar nicht hilfreich, diese Ingrid König Am "Schorsentag" der SPD erklärte sie, dass sich ihre Partei grundsätzlich nicht um "Einzelschicksale" kümmere, sie

auch ihren Einfluss bei einer großen Wohnungsgesellschaft nicht nutze, um mit einer Erklärung den dort wohnenden ALG-II-Menschen beim 30€-Kabelfern-

sehen-Problem zu helfen. **Jedes "Einzelschicksal" erfordert somit, mit eigenen Einspruch, erneut Arbeit bei der Widerspruchs-Stelle.** (HaDe)

Fahrpreiserhöhung von GVH, üstra, RegioBus, DB und Metronom um 3,1 Prozent !

Meldet Vorkommnisse mit Ämtern - wir veröffentlichen !

Beim nächsten Amts-Besuch, zum JobCenter, zum Sozialamt oder zum Wohnungsamt, empfiehlt das ArbeitsLosenPresse-Traumteam, einfach Papier und Stift, auch einen Freund oder eine Freundin mitzunehmen, das Erlebte aufzuzeichnen, zu skizzieren. Es werden zu diesen Themen weiterhin kreativ-zornige AutorInnen bzw. Material-

SammlerInnen gesucht !

Greift zu eurer spitzen Feder !

Falls Ihr euch selbst als nicht so begabt einstuft, so liefert uns doch bitte gut fundierten Geschichtsstoff, der **den Wahnsinn der neoliberalen Politik** anhand sich tatsächlich zugetragenen Begebenheiten **aufzeigen und entlarven** kann.

Wichtig ist, dass wir uns gegensei-

tig informieren, dass wir den Lügen und der gezielten Desinformation entgegentreten. Wir sind noch nicht ganz sprachlos, stellen Öffentlichkeit auch per Bürgerfunk her. (Alp)

alptraum@radioflora.de



radio flora ((.))

Hannovers Lokalradio

UKW 106,5 | Kabel 102,15 MHz

Skandale hausgemacht: "Fachauskunft vom anderen Stern" Ein "erleuchteter Stern" kennt "Honigroute zum Kommunismus"

„Der Kommunismus siegt !“



Hans-Ulrich Jörges
stellv. Chefredakteur des STERN

Mit dieser provokanten These überschrieb der stellvertretende Chefredakteur des „stern“ seine Meinung zu Hartz IV in der wöchentlichen Kolumne „Zwischenruf aus Berlin“. Denn in seinen Augen wurde aus der

Arbeitsmarkt-Reform das glatte Gegenteil dessen, was angestrebt wurde: statt zu „fördern und zu fordern“ alimentiere der Staat wie im Kommunismus ein Leben ohne Arbeit. So könnten Arbeitslose durch vielfältige Zusatzleistungen den Grund-Satz von 345 € so aufbessern, dass sie mehr Einkommen hätten als manch ein durchschnittlicher Arbeiter. Und nicht nur Arbeitslose lebten auf Kosten des Staates, so Jörges, auch Billiglöhner-Arbeiter könnten auf die Stütze der Steuerzahler setzen. „Eine wahre

Honigroute zum Kommunismus eröffnet die Möglichkeit, das Arbeitseinkommen auf Hartz-IV Niveau zu heben, falls es unter der vielfach gepolsterten Stütze liegt“.

Fast zwei Millionen „Aufstocker“ gebe es bald, darunter Unternehmer, Ärzte und Rechtsanwälte. „Will das die Gesellschaft und kann sie es zahlen?“ fragt der Journalist und gibt selbst die Antwort: die Blöden seien diejenigen, „die dafür mit Steuern und Gebühren geradzustehen haben“. (Quelle ZDF)

Herr Jörges, „ein Aufstocker“? (Alp)

Skandal zum Thema gemacht: "Armutsdenschrift" der EKD

Die erste Denschrift der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) zum Thema Armut wurde im Juli der Öffentlichkeit vorgestellt. Der Vorsitzende des Rates der EKD, Bischof Wolfgang Huber, und der Vorsitzende der Kammer für Soziale Ordnung der EKD, Professor Gert G. Wagner haben in die Denschrift eingeführt.

„Armut in einem reichen Land ist mehr als nur eine Herausforderung, sie ist ein Skandal,“ sagte Huber am 11. Juli 2006 vor der Presse in Berlin. Denschriften haben in der EKD eine besondere Tradition: In ihnen äußert sich der Rat der EKD theologisch begründet und mit hoher Sachkompetenz zu gesellschaftlich herausragenden Themen. Zu den bekanntesten EKD-Denschriften gehört die Anfang der 60er Jahre erschienene Ostdenschrift, mit der die neue Ostpolitik Ende der 60er Jahre begründet wurde. Bekannt geworden ist auch die 1985 erschienene Demokratiedenschrift, die das Verhältnis zwischen der evangelischen Kirche und einem demokratisch

verfassten bundesdeutschen Staat definierte. Zu breiten Diskussionen führte das 1997 gemeinsam mit der katholischen Kirche veröffentlichte Sozialwort. Die im Jahr 2002 nach langer Diskussion veröffentlichte Denschrift "Räume der Begegnung" definierte das Verhältnis zwischen Protestantismus und Kultur neu. - An diese vielfältigen Traditionen, von denen damit nur einzelne Beispiele genannt sind, möchte **"Gerechte Teilhabe. Befähigung zu Eigenverantwortung und Solidarität. - Eine Denschrift des Rates der EKD zur Armut in Deutschland"** anknüpfen. Mit der Denschrift sollen sowohl Kirchengemeinden und kirchliche Einrichtungen, als auch die bundesdeutsche Gesellschaft zum nachdenken und diskutieren aufgefordert werden. Die Evangelische Kirche nehme auf vielfältige Weise Anteil an dem Schicksal einer wachsenden Anzahl von Menschen, die unter materieller Not leiden, erläuterte Wolfgang Huber bei der Vorstellung der Denschrift. Gleichzeitig registriere die Kirche mit Besorgnis das Ansteigen

versteckter Formen von Armut, die ein weiteres "Armutsrisiko" produzierten. In der Denschrift werde betont, **"dass Armut weit mehr als ein Mangel an Einkommen ist,"** zeigte Professor Gert G. Wagner. Unfreiwillige Armut sei ein Symptom für unzureichende Teilhabe am gesellschaftlichen Leben in vielen Dimensionen. Ein wachsender Anteil der Bevölkerung sei von gerechter Teilhabe an Arbeit, Bildung und gesellschaftlichen Prozessen ausgeschlossen.

Mehr als sieben Millionen Menschen, darunter zwei Millionen Kinder und Jugendliche, lebten Ende 2005 in Deutschland von Leistungen auf dem Sozialhilfeniveau, heißt es in dem EKD-Text. Betroffen davon seien vor allem Langzeitarbeitslose, Geringqualifizierte, sowie Alleinerziehende. Quelle: EKD Hannover. (ErSt) **"Gerechte Teilhabe. Befähigung zu Eigenverantwortung und Solidarität. - Eine Denschrift des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland zur Armut in Deutschland"**, Gütersloher Verlagshaus 2006, 4,95 € ISBN-13:978-3-579-02385-4, 80 Seiten. Infos zur Armutsdenschrift: www.ekd.de

ARM TROTZ ARBEIT? - Kein Lohn unter 7,50 € pro Std.: www.mindestlohn.de

Unterstützt unsere ehrenamtliche Arbeit. Spendenkonto:

H.-D. Grube, Kto. Nr. 249 437 818 4 BLZ 201 100 22 Postbank Hamburg

Hinweis: Bei diesem Konto handelt es sich um ein der Redaktion Alptraum zur Verfügung gestelltes Sparsbuch. Wir erhalten bei Zahlungseingang keine Information, wer überwiesen hat. Spendenquittungen sind nicht möglich. Bei Spendenzahlung, z.B. für Porto, Zusendung von Papierausgaben Alptraum, bitte per Email Hinweis geben Danke.



Das Sozialgericht in Köln untersagt Kürzung der Wohnkosten.

In einem rechtskräftigen Beschluss in einem Eilverfahren hat das Sozialgericht Köln (AZ S 14AS41/05ER) vom 30.01.2006 die Kritik des Mietervereins Bonn, der Rechtsschutzstelle des DGB Köln und vieler anderer an der Praxis der ARGE Bonn zur Bestimmung der "angemessenen Mieten" für Bezieher von SGB II Leistungen geteilt. Nach § 22 SGB II kann die Miete eines Leistungsbeziehers auf die "angemessene Miete" reduziert werden. Der Mieterverein und die Rechtsschutzstelle des DGB Köln kritisieren seit langem, dass die Mietsätze so gering angesetzt sind, dass die Leistungsbezieher diese Wohnung auf dem Wohnungsmarkt gar nicht finden können. Die ARGE sei daher nicht berechtigt, eine Kürzung vorzunehmen. Diese Ansicht wird vom zuständigen Sozialgericht Köln geteilt: Die ARGE müsse prüfen, ob dem Leistungsempfänger im Bedarfszeitraum eine andere bedarfsgerechte und kostengünstige Wohnung konkret verfügbar und zugänglich ist, bzw. war. Bestehe eine

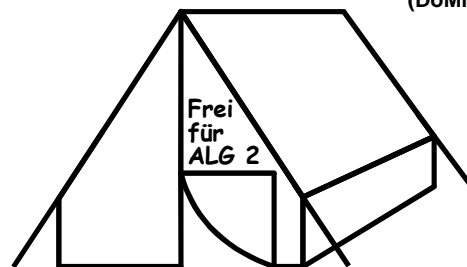
derartige konkrete Unterkunftsalternative nicht, sei die tatsächliche Miete zu übernehmen.

- Da die ARGE (und damit die Stadt Bonn als Kostenträger für die Miete) eingeräumt habe, dass es öffentlich geförderter Wohnraum zu dem von ihr zu Grunde gelegten Mietpreisen kaum gäbe, sei es "unwahrscheinlich, dass auf dem freien Wohnungsmarkt günstigere Mietwohnungen angeboten werden". - Wenn die Antragsgegnerin (ARGE) selbst einräumen würde, dass es Wohnungen zu den von ihr angegebenen Mietpreis auf dem örtlichen Wohnungsmarkt nicht gäbe, sei nicht ersichtlich, welche eigenen Bemühungen der Antragsteller nachzuweisen habe. Auf einen nicht vorhandenen Wohnungsmarkt könne man auch nicht reagieren.

Nach Auffassung des DGB und des Mietervereins Bonn muss die Konsequenz dieser Rechtsprechung des Sozialgerichtes Köln sein, dass die Stadt Bonn, bzw. die ARGE sich einen genauen Überblick über die tatsächlichen An-

gebote auf dem Wohnungsmarkt macht. Diesen realen Wohnungsangeboten müssen die Richtlinien über die Angemessenheit angepasst werden. Das Beharren auf der bisherigen Praxis führe letztlich dazu, dass erheblicher Verwaltungsaufwand produziert werde, viele Betroffene unnötig besorgt seien und nach Wohnungen suchen müssten, die es offensichtlich nicht gebe. Im Ergebnis sei dies nicht nur eine verwaltungsaufwendige, sondern auch teure Praxis, weil im Regelfall die bisherige Miete weiter gezahlt werden müsse und keine realen Umzugschancen eröffnet würden. Quelle: MietervereinBonne.V.

(DoMi)



Hier "MOG" i net wohne müsse !

Vom Glücksrad-Tages-Ticket zum copyright-Knöllchen ?

Presstertine bei Üstra/GVH sind in der Regel recht nobel vorbereitet.

Es gibt Presse-Mappen und Schreibgeräte, "lecker Schnitten" und oft auch noch den Hinweis, doch die vorhandenen Fotos zur Berichterstattung zu nutzen. Als recht nobel, angesichts der Personal-Reduzierung von ca. 50 ÖPNV-Arbeitsplätzen im Jahr, ist eine Ausstattung des ÖPNV in Hannover mit zwei Presse-Sprechern durchaus auch

als "recht üppig" anzusehen. Wäre nicht als "bemerkenswert" aufgefallen, wenn nicht gleichzeitig "ein Hüh und ein Hott" erklingen wäre. Auf Seite 1 ist unser Lob für die Glücksrad-Lotterieverversorgung mit Hauptpreisen wie GVH-Tages-Einzel-Tickets, zu lesen. Wir hatten bereits vereinbart und festgestellt, dass bei richtigen Vorgaben der Sozialpolitik gerade die Üstra/GVH die Mobilität für Geringverdiener herstellen kann. An zwei Glücksrad-Aktions-Tagen des "Sozialbündnis Hannover", vor dem JobCenter Walter-Gieseking-Karree bzw. am Mengendamm 12, sind Erwerbslose kurzfristig zu Gewinnern gemacht worden, zumindest mit Trostpreisen versorgt worden. Die Veranstalter hatten sogar "Arbeitsplätzchen" zu vergeben, die recht lecker waren. Mit den jeweiligen LeiterInnen dieser JobCenter wurde festgestellt, dass mit fröhlichen Aktionen die Kunden der JobCenter positiv angesprochen werden können, es auch guten Wiederhall gab. Für das "Sozialbündnis" stand im Vordergrund: die Mobilität für

Geringverdiener zu thematisieren, Unterschriften zu dieser Forderung zu sammeln, diese der jetzigen bzw. der nächsten Regionsregierung vorzulegen. Den gleichen Zweck erfüllte die Aktion: "Solidarische Fahrbegleitung". Beide Aktionen können, beliebig fortgesetzt werden. Der GVH-Versuch, gegen eine Verwendung bedruckter T-Shirts vorzugehen, wird für die GVH kaum nützlich sein? Es wäre einfacher, den Ball flach zu halten, die fröhlichen / fröhlichen Aktionen zu tolerieren. Die GVH/Üstra-Zahlen zu den Kosten, zu den angenommenen Bewegungen der Geringverdiener, sind von mindestens 4 der im Regionsparlament vertretenen Parteien als "nicht seriös, nicht haltbar" erkannt. Es kann auch für den ÖPNV nicht hilfreich sein, bestimmte Bevölkerungsschichten auszugrenzen, gegen eine vernünftige Lösung, die durchaus auch Schwarzfahrten eindämmen kann, Sturm zu laufen. Es sei, böse Absichten der Diffamierung und Kriminalisierung sind im Spiel, wie in den Ausschüssen nur von CDU-Vertretern gehört. (HaDe)



"Gewinne privatisieren, Kosten sozialisieren" - ein "Grübler des Monats ?"

OVG Koblenz: Besetzung von 1-€uro-Jobs nicht mitbestimmungspflichtig !

Die Besetzung von so genannten 1-€uro-Jobs unterliegt nicht der Mitbestimmung des Personalrates.

Dies entschied das Oberverwaltungsgericht Rheinland-Pfalz in Koblenz. Bei der Besetzung von 1-€uro-Jobs hat der Betriebs- oder Personalrat keinerlei Mitbestimmungsrechte. So urteilten am 17. Mai 2006 die Richter.

Die Tätigkeit von 1-€uro-Jobbern begründe kein Arbeitsverhältnis.

Anfang 2005 stellte die Stadt Mainz mehrere erwerbsfähige, arbeitslose Hilfebedürftige im Bürgeramt, Stadtarchiv und Grünamt ein. Weder bei der Schaffung der Zusatzjobs noch vor ihrer Besetzung wurde ein personalvertretungsrechtliches Mitbestimmungsverfahren durchgeführt. Das Verwaltungsgericht hat auf Antrag des Personalrates der Stadt Mainz festgestellt, dass die Besetzung der Zusatzjobs der Mitbestimmung



unterliege. Auf die hiergegen eingelegte Berufung hat das Oberverwaltungsgericht die erstinstanzliche Entscheidung aufgehoben und den Antrag abgelehnt.

Maßgeblich für die Mitbestimmungspflichtigkeit der Einstellung von Personal sei die Eingliederung der Beschäftigten in die Dienststelle. Sie setze neben der tatsächlichen Integration einen Mindestbestand an arbeitsvertraglichen Rechtsbezie-

hungen voraus. Hieran fehle es bei den auf 1-€uro-Basis eingestellten Personen, weil ihre Tätigkeit kein Arbeitsverhältnis begründe. - Vielmehr handele es sich um eine rein sozialrechtliche Maßnahme, die dazu diene, die Chancen der erwerbsfähigen Hilfebedürftigen auf dauerhafte Wiedereingliederung in den allgemeinen Arbeitsmarkt zu erhöhen. Mitbestimmungsrechtliche Belange des Personalrates, wie insbesondere die Auswahl unter mehreren Bewerbern, spielten keine Rolle.

Das JobCenter benenne der Beschäftigungsstelle jeweils nur einen Bewerber für jeden zu besetzenden Arbeitsplatz. - Oberverwaltungsgericht Rheinland-Pfalz, 56068 Koblenz

(Az.: 5 A 11752/05.OVG) (ErSt)

Quelle:

OVG-Pressemitteilung Nr.25/2006 - Weitere Urteile: www.justiz.rlp.de

2005: noch mehr Geld für das "Peter-Hartz-VW-Netzwerk ?"

Peter Hartz, wir erinnern uns, ist wie Jürgen Peters, "Einer der Unseren?", IG Metall-Mitglieder. Wir sind stolz ? Das ist auch eine anständige Vergütung wert. Im VW-Geschäftsbericht 2005 ist nachzulesen, Herr Peters erhält monatlich 17.000,- € Aufsichtsratsvergütung. Inwieweit seine Bereitschaft zur Arbeitsaufnahme geprüft wird, konnten wir nicht in Erfahrung bringen. Auch ein Herr Wulff, als Ministerpräsident in

Niedersachsen bekannt, schmälert mit monatlich 14.000,-€ die VW-Bilanz 2005 um bescheidene 137.750,-€ Herr Wulff verspricht zur Kanzlerwahl 2008 die Wiedereinführung des zuvor wegenommenen Weihnachtsgeldes für den öffentlichen Dienst. Toll ! Herr Wulff ist hauptverantwortlich für den vorherigen Entzug des Weihnachtsgeldes, für die Mehrbelastung seiner ihn anvertrauten Beschäftigten bei z.B.

Polizei und anderen Landesdiensten, den Krankenschwestern, Lehrern, Beamten usw. Alle Angestellten im öffentlichen Dienst wurden zum Verzicht genötigt, Christian Wulff und VW-Genossen genehmigten bei VW, bezogen auf 2004, für das Jahr 2005 und für sich selbst Erhöhungen von 8%. Haben wir das mit der Eigeninitiative endlich richtig verstanden oder sprechen wir bereits über Verbrechen ? (HaDe)

Hartz-IV-Empfängerin erhält kein Geld für Kinderwagen War Römisches Recht anno 37 besser als Hartz IV anno 2006 ?

Damals, anno 37 im Römischen Reich: "Nachdem Caligula* sein Pferd zum Konsul gemacht hatte, war damit nicht die schlechteste aller Regierungen ins Amt gesetzt." - Heute, ca. 1970 Jahre später Auswirkungen der Hartz-IV-Regierung frei nach dem Motto: "Wenn der Amts-Schimmel wiehert.."

Hartz-IV-Empfänger müssen einen Kinderwagen aus ihren regulären Einkünften bezahlen. Sie hätten keinen Anspruch auf besondere Einmal-Leistungen (§ 23 Abs.3 SGB II), urteilte das Niedersächsische Landessozialgericht in Celle. Geklagt hatte eine Mutter aus Walsrode, die sich darauf berief, dass derartige notwendige Sonderanschaffungen früher im Rahmen der bisherigen Sozialhilfe ersetzt wurden.

Doch das Gericht habe sich auf den Wortlaut des Gesetzes stützen müssen, so deren Sprecher in Celle.

Das neue Sozialgesetzbuch II (SGB II) habe den Katalog der Leistungen stark zusammengestrichen, und danach gebe es Einmal-Leistungen nur noch für Bekleidung (bei Schwangerschaft und Geburt) sowie Wohnungs-Erstausstattung (einschließlich Haushaltsgeräte). - "Ein Kinderwagen wird aber nicht in der Wohnung benutzt." - Für dessen Anschaffung könne höchstens ein Darlehen gewährt werden (siehe @lptraum-Tipp 01/2006), das mit monatlich zehn Prozent des Regelsatzes (z.Zt. 207,- €uro für Kinder) zurückzuzahlen sei. Anmerkung der @lptraum-Red.: Dem Celler Urteil steht ein Beschluss vom 12.07.2005 des Landessozial-

gericht Mainz aus Rheinland-Pfalz gegenüber: "Zu einer Erstausstattung der Wohnung nach § 23 Absatz 3 SGB II, in die ein Säugling aufgenommen werden soll, zählen auch Kinderbett einschließlich Lattenrost und Matratze und ein Kinderwagen, wobei gebrauchte Gegenstände ausreichen." so das Landessozialgericht Mainz

(Az.: L 3 ER 45/05 AS) - War dieser Beschluss in Celle etwa unbekannt ??? Landessozialgericht Celle, siehe unter (Az.: L 6 AS 170/06 ER) - Weitere Urteile: www.sozialgerichtsbarkeit.de (ErSt)

*) Caligula =

Gajus Julius Caesar Germanicus (12 - 47 n.Chr.) Seit 37 römischer Kaiser, seine despotische Herrschaft und Verschwendungssucht führten zu Verschwörungen gegen ihn. - Er wurde ermordet... (Alp)

Wo Unrecht zu Recht wird, wird Widerstand zur Pflicht ! Gegen den Sozialraub

@lptrraum - Buchtipps / Lyrik / Anekdoten / Sprüche im August

"SCHATTENSPIELE" von Frieder Feist

Ein Kriminalroman aus deutscher Provinz

Ein Arbeitsloser hat Zeit. Ein Dichter braucht Geld.



Eine kleine Großstadt vergibt alle zwei Jahre einen happigen Literaturpreis an ein Kind der Region: Warum immer an die rechten Langweiler? Auf der Suche nach dem Autor der "Schattenspiele" findet der arbeitslose Schriftsetzer Max Escher einen neuen Job als Philip Marlowe der deutschen Provinz. - Er gerät immer tiefer in einen fetten Filz... Frieder Feist, geb. am 10.6.1948 in Augsburg, arbeitete als Industriekaufmann, Lochkartentabellierer und Gastwirt, lebt als überzeugter Regionalist, Schriftsteller und Hörspielautor in Augsburg. - Im Hoffmanns Verlag AG Zürich erschienen: *Schattenspiele* (Ein Kriminalroman aus deutscher Provinz) *Nebenrollen* (Ein

Schauspielerleben in deutscher Provinz) U.a. Beiträge im Magazin für jede Art von Literatur *Der Rabe*. Ausgezeichnet mit dem deutschen Krimi-Preis 1985. Lieferbar über Web-Buchhandel: www.antiquario.de ISBN 3-251-01035-2, 236 Seiten, ??? Euro (ErSt)

Magenknurren nach eineinhalb Jahren Hartz IV

"Wer arbeitet, soll etwas zu essen haben, wer nicht arbeitet, braucht nichts zu essen."

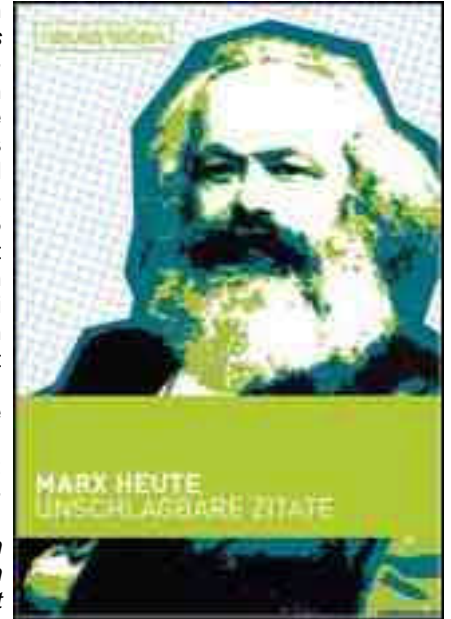
Arbeits- und Sozialminister Franz Müntefering (SPD-Vizekanzler) zum Optimierungsgesetz

Unschlagbare Zitate von Karl Marx (1818-1883)

Unser relativ "freier" @lptrraum-Mitarbeiter* von Seite 2,

Albert Einstein, empfiehlt: "MARX HEUTE"

Dieses Büchlein kann die Marx-Lektüre »Das Kapital« zwar nicht ersetzen, aber es kann schlaglichtartig in die Zentren seines Denkens führen. Das Buch will jene erhellend überraschen, die sich seit 15 Jahren und länger mit Surrogaten behelfen, in religiöse Schwärmerei flüchten, ihren Frieden mit dieser Welt gemacht oder angefangen haben, das »Kapital« für eine Anlageberatung halten... Ein Marx-Vademecum: Keine Aufregung also! - Nur Anregung! "Die Philosophen haben die Welt nur verschieden interpretiert, es kommt drauf an, sie zu verändern." [neues leben],



Infos: www.eulenspiegel-verlag.de ISBN 3-355-01704-3, 128 Seiten, 4,90 Euro (ErSt)

Späte Einsicht zum Ombudsrat-Schlussbericht

"Wir müssen einsehen, dass wir die Langzeitarbeitslosen, und das sind nicht nur die wenig Qualifizierten, in absehbarer Zeit auf dem ersten Arbeitsmarkt nicht unterbringen."

Christine Bergmann (SPD),

Mitglied des Hartz-IV-Ombudsrates im ZDF

@lptrraum - Lyrik aus dem Erzählcafé im Gartenhaus

Herr Walter und der Falter

Herr Walter will was lesen, doch kommt er nicht dazu, denn ganz ungeniert ein bunter Falter auf seine Nase sich platziert. "Mein lieber Falter," sagt Herr Walter, "verschwinde von meiner Nase, sonst rase ich noch vor Wut!" "Schon gut," der Falter spricht, "kein Problem, bin eh nicht drauf erpicht, mich lange auf deiner Nase auszuruhen, außerdem ist sie nicht gerade schön anzusehen!" „Ach was, Du machst mir Spaß," ist Walter's entrüstete Entgegnung, "und warum suchst Du die Begegnung ausgerechnet mit meiner sagen wir, interessanten Nase?" "Weil ich kein Hase bin, der wegläuft wenn's schwierig wird, sondern ein Schönerling mit Courage bin und ein ganz



Dekorativer, mein Lieber, noch dazu, der ganz geschickt auch deine große Nase schmückt." „Ja, Mut hast Du, das geb ich zu," lacht Herr Walter, "also bleib auf meiner Nase so lange es Dir gefällt, mein kleiner Held, ich kann ja auch später noch weiterlesen" „Nein, nein," der Falter spricht, "viel schöner ist's, Du liest mir was vor, ich bin auch schon ganz Ohr und die Bilder, die Dir beim Lesen in den Augen entstehen, kann ich sehen, und darauf freue ich mich schon!" „Oh, mein lieber Falterling," ruft Herr Walter ganz entzückt, das will ich gerne für dich tun, und deine Flügelchen können dabei ausruhen, Achtung, jetzt geht's los." Prima ganz famos," sagt der Falter zu Herrn Walter. Rosa Haskamp, Juni 2006

"Schwarz, Schwärzer, Schwarz - Rot - Gold ..."

@l p t r a u m

kostenlose Hannoversche Zeitung gegen Sozialabbau

August - 2006

Unabhängig und absolut parteiisch

Jahrgang 2, Ausgabe 8

+++ lokal und aktuell +++

Mitstreiter findet ihr hier:

Montags - Demo - Hannover

Montags von 18.00 Uhr bis 19.00 Uhr
Offenes Mikrofon für jederman/frau & Kundgebung
Innenstadt, Nähe Kröpcke-Uhr / Schiller-Denkmal
"Aufstehen gegen den Sozialkahlschlag !"



Projektgruppe "Agenda 2010 kippen"

Derzeit keine regelmäßige Treffen !

Treffpunkt im Industriepfarramt des KDA
wegen Umzugs zurzeit nicht möglich.

E-Mail: info@gegen-sozialabbau.de

KDA zieht um

IG Metall-Erwerbslosenausschuss

Jeden 1. Mittwoch im Monat 10.00 Uhr
IG Metall-Haus, Postkamp 12, 30159 Hannover

ver.di-Erwerbslosenausschuss Hannover

Jeden 1. Mittwoch im Monat 15.00 Uhr - 18.00 Uhr
in der Rotation, ver.di-Höfe, Haus C
Goseriede 10, 30159 Hannover (Üstra-Linie 10+17)

ver.di - ELO im Bezirk Hannover Leine-Weser

E-Mail: Erwerbslose.verdi-Hannover@web.de

NEU: erzählcafé bürgerinitiative gartenhaus

Mittwochs ab 16.00 Uhr, Am Judenkirchhof 11c,
30167 Hannover-Nordstadt, Tel. 0173-7865348
in Zusammenarbeit mit "querkunst hannover"
E-Mail: wulf.huehn@querkunst-hannover.de

Arbeitslosenselbsthilfe-Frühstück (Sill e.V.)

Mittwochs ab 11.00 Uhr, Telefon 0511 / 44 40 19
Sozialinitiative Linden-Limmer (Ex-PDS)
Mo. - Fr. 15.00 Uhr - 20.00 Uhr geöffnet
Stärkestraße 19a/Nähe Faust e.V., 30451 Hannover

Arbeitskreis Arbeitslose Linden

Donnerstags 10.00 Uhr - 12.30 Uhr
im Freizeitheim Linden (Raum U5)
Fred-Grube-Platz 1, 30451 Hannover
E-Mail: info@arbeitslosenkreis-linden.de

... und im Anschluss in's "Café Net(t)"

Limmerstraße 5 / Küchengarten (Üstra-Linie 10+700)

Eure lokalen Termine werden hier abgedruckt, wenn
Ihr sie uns rechtzeitig, z.B. per E-Mail zusendet.



mailto: info@gegen-sozialabbau.de

Die hier zu veröffentlichenden Termine sollten aber
immer einen Bezug zum Thema Sozialgesetze oder
Erwerbslosigkeit haben !

Jetzt reicht's! **Politiker, die uns plagen, werden wir verjagen!** Jetzt reicht's!
www.gegen-sozialabbau.de www.alptraum.org



+++ Termine im August +++ Termine im August +++ Termine im August +++ Termine im August +++ Termine im August +++

+++ Termine +++ Termine +++

@l p t r a u m - Termine im August:

Dienstag, 1. August 2006, 577 Tage Hartz IV:

Seit über 10 Jahren: traditioneller "Jagoda-Gerster-Weise-Tag"
(Verkündung der Arbeitslosenzahlen für den Monat Juli 2006)
Infos siehe: <http://statistik.arbeitsamt.de/statistik/index.php>

Nach Beschluss vom 1.6.2006 zum "Fortentwicklungsgesetz"
tritt heute das "Optimierungsgesetz" für Hartz IV in Kraft...

Dienstag, 1. August 2006, 17.30 bis 19.30 Uhr

After Work Bildung 2006 = "Mobbing" (kostenlos) Rotation
ver.di-Höfe, Raum D 100, Goseriede 10, 30159 Hannover

Fr., 4.08. bis So., 6.08., Fährmannsfest ab 16.00 Uhr

"Bunt statt Braun" / Open-Air-Musik am Weddigenufer -
Headliner: Ska-Band "La Vela Puerca" (Uruguay); Fun-Punk
"Die Schröders" (Bad Gandersheim); Crossover-Metal-Pop
"Superstarfuckers" (H) 14 Bands komplett, Leineufer Linden-
Nord/Justus-Garten-Brücke, Eintritt: Fr. + Sa. 3,50 € pro
Tag, am Sonntag ist der Eintritt frei.
Sa. + So.: Kinderfest, Programinfos: www.faehermannsfest.de

Montag, 7. August 2006, um 16.00 Uhr

mtl. Treffen: ver.di - Erwerbslosengruppe Ortsverein Hildesheim
Osterstr. 39 A / Torhaus, 31134 Hildesheim,
Tel.: 05121-510794

ALG-II-Beratung ver.di-HI nach Anmeldung: 05121-13 93-0

Mittwoch, 9.08. + 23.08.2006, um 16.00 Uhr

mtl. Treffen Bündnis für Soziale Gerechtigkeit Hameln-Pyrmont
Innenstadt ab 16.00 Uhr - "Sumpflume" Hameln
ab 18.30 Uhr, 2.+4. Mittw. www.soziale-gerechtigkeit-hamelnde

Damals vor 26 Jahren, ... anno 13. August 1980:

Das EG-Anpassungsgesetz schreibt die Gleichbehandlung von
Frauen und Männern am Arbeitsplatz vor. - Kein Arbeitnehmer
darf wegen seines Geschlechts benachteiligt oder gemäßregelt
werden. Geschlechtsspezifische Stellenausschreibungen sind
unzulässig. (Quelle: DGB)

Damals vor 50 Jahren, ... anno 17. August 1956:

Das Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe erklärt die
Kommunistische Partei Deutschlands (KPD) für verfassungs-
widrig und verfügt ihre Auflösung. Noch am selben Tag werden
Parteibüros geschlossen und KPD-Druckereien
beschlagnahmt.

Donnerstag, 31. August 2006, "1-€-Job-@gentur"

Seit über 10 Jahren: traditioneller "Jagoda-Gerster-Weise-Tag"
(Verkündung der Arbeitslosenzahlen für den Monat August
2006) Infos siehe: <http://statistik.arbeitsamt.de/statistik/index.php>

**Laut Regelsatz stehen ALG-II- und Sozialgeldempfängern
monatlich 4,63 € für "Freizeit & Kultur" zur Verfügung!
Der Mobilitäts-Anteil beträgt 19,- € für den BG-Vorstand.**

Ausgelesen ? - War es informativ ? - Dann doch bitte an weitere Interessierte weiter geben !